

Auf dem richtigen Weg.  
Auch bei Kindertagesstätten.



# **Aufgaben/Kompetenzen/ Verantwortungen im Bereich der Kindertagesstätten**

**im Landkreis Südliche Weinstraße**

Verfasser: Jugendamt Landkreis Südliche Weinstraße,  
Stand September 2025

Aufgabe	Verwaltungsstelle Verbandsgemeinde / Träger	Jugendamt	Landesjugendamt
<b>Betriebserlaubnisverfahren</b> <b>Notwendige Stellungnahmen</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Brandschutz</li> <li>■ Bauamt</li> <li>■ Unfallkasse</li> <li>■ Veterinäramt</li> <li>■ Gesundheitsamt</li> <li>■ Konzeption</li> <li>■ Schutzkonzept</li> <li>■ Maßnahmenplan</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Träger stellt Antrag auf BE über KiDz mindestens sechs Wochen vorher</li> <li>■ Alle Stellungnahmen, Konzeption, Maßnahmenplan sind in KiDz in der aktualisierten Version einzustellen</li> <li>■ Nach der BE-Erteilung ist diese in KiDz abzurufen</li> </ul>	KJA prüft Antrag aus bedarfsplanerischer Sicht (gegebenenfalls Rückgabe an Träger) und gibt den Antrag über KiDz an LJA rechtzeitig weiter	Prüfung und Entscheidung, gegebenenfalls Rückgabe über KJA an Träger
<b>Bedarfsplanung Kita-Plätze</b> <b>Notwendige Unterlagen</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Meldezahlen vom Einwohnermeldeamt</li> <li>■ Bedarfsermittlung bei den Kitas</li> </ul> <b>Teilnehmende:</b> Kita-Leitung, Trägervertretende, Gemeindevertretende, Verwaltungsstellen, Elternvertretung, zuständige Sachbearbeitung KV und gegebenenfalls Fachberatung  Bei Platzerhöhung gegebenenfalls Begehung der Kita beziehungsweise Abstimmung mit LJA	Meldezahlen vom Einwohnermeldeamt  <b>Bedarfsermittlung bei den Kitas:</b> Abfrage der Anmeldungen des nächsten Kita-Jahres (Anschieben und Vordruck wird an die Kitas gesendet)  Beteiligung der Fachplanenden und Fachbehörden	Bedarfsplanungsvorschlag wird vor dem Bedarfsplanungsgespräch an VG und Träger geschickt  Protokollerstellung mit Vereinbarungen, Rückmeldungen und Fristen dazu werden überprüft  Prüfung und Festlegung der Planung  Erstellung Personalbescheid	Prüfung und Zustimmung / Ablehnung im Rahmen der Betriebserlaubnis
<b>Raumplanung</b> <b>Anbau / Umbau / Neubau</b> Entwurfsunterlagen des Planungsbüros  <b>Hinweise</b> bietet die Webseite <a href="https://kitabau.rlp.de/">https://kitabau.rlp.de/</a> sowie das <b>Baukompodium</b> , das in Kürze veröffentlicht werden soll	<b>Bedarfsfeststellung für Erweiterung:</b> <b>Kinderzahlen; Planungen der Gemeinden</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Vorbereitung der Gremienbeschlüsse der Ortsgemeinden / Träger</li> <li>■ Antragsunterlagen zusammenstellen und vollständig einreichen</li> <li>■ Beteiligung der Fachbehörden wie Bauamt, Brandschutz, Gesundheitsamt, Lebensmittelhygiene, Unfallkasse</li> </ul>	Durchführung von Ortsbegehungen zur Einschätzung, ob eine Platzerhöhung/geänderte Raumplanung möglich ist und/oder gegebenenfalls wenn die Pläne vorliegen zur Besprechung dieser.  <b>Beteiligung:</b> LJA, Fachberatung, Träger, VG, Ortsgemeinde, Kita  Monitoring der vereinbarten Aufgaben und Zeitschiene  Absprache der Kohorten und Räumlichkeiten sowie der Zeitschiene  Jugendamtsleitung: Gespräch mit Träger bei Nichteinhalten der Vereinbarung bezüglich weiterer Schritte  Einschaltung Rechtsamt und Kommunalaufsicht zur Prüfung eigener Maßnahmen beziehungsweise Regressforderungen	<b>Beteiligung:</b> Prüfung von Aspekten, die eine Gefährdung für die Kinder darstellen  <b>Hinweis</b> zu weiteren Fachbehörden bezüglich der Stellungnahmen. Diese sind in der Regel miteinzubeziehen
Auslagerung	Träger eruiert mögliche Räume zur Auslagerung und vereinbart über das JA einen Termin zur Besichtigung mit LJA		



## Antrag auf Betreuung aus- wärtiger Kinder im Landkreis SÜW

Ausgabe der Anträge  
Stellungnahme an KJA

Anfrage an den Träger mit  
der Bitte um Mitteilung, ob die  
Betreuung aus Trägersicht  
möglich ist

Anfrage an die VG mit der  
Bitte, die Stellungnahme der  
„aufnehmenden“ Ortsgemeinde  
einzuholen

Bei Kindern, welche nicht im  
LK SÜW wohnen, Anfrage an  
die Herkunftskommune mit  
der Bitte um Mitteilung, ob die  
anfallenden Kosten übernom-  
men werden

Prüfung und Entscheidung  
(beachte: Wunsch- und Wahl-  
recht gem. § 5 SGB VIII)

Meldepflichten gemäß § 47  
SGB VIII bei Ereignissen und  
Entwicklungen, die das Wohl  
von Kindern beeinträchtigen  
können, zum Beispiel Fehl-  
verhalten von Mitarbeitenden,  
Gefährdungen, Schädigungen  
durch zu betreuende Kinder,  
katastrophenähnliche Ereignis-  
se, besonders schwere Unfälle  
von Kindern sowie Einschrän-  
kungen bei Nutzung von Räum-  
lichkeiten und Außengelände  
sowie bei Einschränkungen der  
Betreuung, die den Rechts-  
anspruch tangieren oder die  
Einrichtung insgesamt betreffen  
Inkrafttreten des Maßnahmen-  
plans  
[https://lsjv.rlp.de/fileadmin/  
lsjv/Themen/Kinder/Down-  
loads/Kita/Rundschreiben/  
Archiv/RdSchr\\_LJA\\_2017-  
6\\_Handlungsplan.pdf](https://lsjv.rlp.de/fileadmin/lsjv/Themen/Kinder/Downloads/Kita/Rundschreiben/Archiv/RdSchr_LJA_2017-6_Handlungsplan.pdf)

Meldung durch den Träger an  
LJA, gegebenenfalls in Kopie an  
JA

Information des JA bei  
Einschränkung der Betreuung

Information

Beratung durch Fachberatung

Aufarbeitung, Prüfung und  
Entscheidung

### Legende:

BE= Betriebserlaubnis

KiDz: Verwaltungssoftware des Landes  
zur Erfassung aller relevanter Vorgänge,  
Zugang besteht für alle Ebenen  
(Kita, Träger, JA, LJA)

JA = Jugendamt

LJA = Landesjugendamt

Kita = Kindertagesstätte

OG = Ortsgemeinde

VG = Verbandsgemeinde

GVN = Gesamtverwendungsnachweis

VN = Verwendungsnachweis